

INFOTICKER

26.02.10 Nr. 7/ 2010 Neuigkeiten aus dem Brandenburger Parlament

 www.cdu-fraktion-brandenburg.de



Energie mit Zukunft



Die Bürgerinnen und Bürger



Schuldenstopp



Gesundheitsversorgung

**Und was ist
Ihnen für
unser
Brandenburg
wichtig?**



Belastbares Verkehrsnetz



Gute Ausbildung



Soziales Miteinander



Starke Wirtschaft



Kulturförderung



Stasiaufarbeitung

INFOTICKER

Nr. 07 | 26. Februar 2010

OPPOSITIONSARBEIT

- 03 Brandenburgs Stimme**
Unsere Abgeordneten haben auf den Plenums-sitzungen am 24. und 25. Februar für Verbesse-rungen im Land Brandenburg gekämpft.
- 02 Markov „Maßlos“**
Eine Verschwenderische Ausgabenpolitik sorgt dafür, dass Brandenburg in Schulden erstickt.

Parlament direkt

- 06 Die Redebeiträge unserer Abgeordneten in den letzten beiden Landtagssitzungen im Überblick**
Unsere Abgeordneten haben im Landtag argu-mentiert, diskutiert und sich eingesetzt - für unsere Heimat.
- 07 Anträge der CDU-Fraktion zu den Land-tagssitzungen am 24. und 25. Februar**

THEMA KONKRET

- 08 Auch die Uckermark kann Landrat direkt wählen**
Die CDU-Fraktion hat durch die Novellierung der Kommunalverfassung die direkte Wahl der Landräte ermöglicht. In der Uckermark wird am Sonntag gewählt.
- 08 Abgeordnetenalltag live**
Unsere Abgeordnete Monika Schulz-Höpfner erklärte Gubener Berufsschülern ihre Arbeit.
- 08 Förderschulen weiter erhalten**
Gordon Hoffmann, Bildungs- und Jugendpoli-tischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, und Anja Heinrich, Kulturpolitische Sprecherin, sprachen mit Berufspraktikern vor Ort über die Förderschulproblematik.

Fragen, Anregungen, Meinungen?

Hier sind sie herzlich willkommen!
Telefonieren, faxen oder mailen Sie uns und sagen Sie uns, was Sie be-wegt.

Kontakt:

Pressestelle
CDU-Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 1450
Fax: 0331 / 966 1407
E-Mail: pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de

**Oder besuchen Sie uns im Internet
auf unserer Homepage**
www.cdu-fraktion-brandenburg.de

**INFOTICKER online kostenfrei und
unverbindlich abonnieren?**
Dann klicken Sie hier.



DER AUFREGER DER WOCHE

Markov „Maßlos“: Brandenburg erstickt in Schulden

So könnte die Haushaltsdebatte in dieser Woche zusammengefasst werden. Es war ein unmissverständliches Bekenntnis des linken Finanzministers Markov für eine uneingeschränkte Ausgabenpolitik. Dabei verliert er die Zukunft des Landes völlig aus dem Blick. Mit dem wachsenden Berg an Neuverschuldung gerät die finanzielle Handlungssicherheit in den nächsten Jahren arg ins Wanken.



Hat sich die Platzek – Linksregierung in diesem Jahr noch ein wenig Luft erkaufte, wird die Ausgabenlast ab 2011 erdrückende Ausmaße erreichen. Brandenburg steht am Scheideweg. Die eine Richtung führt nach links in die Schuldenfalle und dauerhafte Abhängigkeit unseres Landes auf Unterstützungszahlungen von Dritten. Damit bringt Markov Brandenburg an die Finanzkrücke. Eine Lähmung künftiger Regierungen wegen chronischen Geldmangels wird durch SPD und Linke vorprogrammiert.

Der andere Weg wäre eine zukunftsorientierte Anpassung der Landesausgaben an die klar erkennbaren Veränderungen. Das Geld wird immer knapper werden und an einer Reduzierung der Ausgaben führt unweigerlich kein Weg vorbei. Die Regierung muss daher ein Konzept erarbeiten, wo auch für die Bürger klar erkennbar wird, was Brandenburg in den nächsten Jahren noch finanzieren kann. Ein solcher Weg könnte die künftige finanzielle Handlungssicherheit Brandenburgs garantieren und ein Ausweg aus der Schuldenfalle sein.

Welchen Weg Markov einschlägt, haben wir diese Woche unmissverständlich erfahren. Der linke Finanzminister beabsichtigt gegen die grundgesetzlich

verankerte Schuldenbremse zu klagen. Der Entscheidung für eine Schuldengrenze im Grundgesetz hatte Brandenburg im letzten Jahr noch im Bundesrat zugestimmt. Die Linke hatte daraufhin vor dem Landesverfassungsgericht Klage erhoben und hält diese auch weiterhin aufrecht.

„Wir brauchen eine zukunftsorientierte Anpassung an erkennbare Veränderungen.“

Johanna Wanka

Dass der stellvertretende Ministerpräsident sich gegen die Entscheidung Platzecks stellt, wirft die Frage nach dem „Warum?“ auf. Die Ausgabenbeschränkung per Gesetz stört die Verschuldungspläne des Ministers empfindlich.

Zudem befindet er sich in einem parteipolitischen Dilemma. Die Linke hat gegenüber dem Staat immer nur die Hand aufgehoben, mehr Geld gefordert und den Bürgern utopische Versprechen gemacht. In der Regierung wird sie nun von der Realität heimgesucht. Was tun? Sparen und die Wähler noch mehr verschrecken? Nein, dann doch lieber Sparbuch plündern und Kredite aufnehmen. Das geht aber nur, wenn die vermeintlich unbequeme Schuldenbremse verschwindet.

Dabei ist Haushalten doch eigentlich nicht schwer. Es gilt das Gesetz, was für

jeden Privathaushalt in Brandenburg auch gilt: Du kannst nur das ausgeben, was du erwirtschaftest! Pump kostet immer mehr und belastet in der Zukunft. Klar, mal kann auch der Staat in einen finanziellen Engpass kommen und muss einen Kredit aufnehmen. Aber ein Leben auf Pump kann sich niemand dauerhaft leisten. Daher ist es höchste Zeit, dass jemand Herrn Markov die Kreditkarte wieder wegnimmt. In handlungsfähigen Regierungen wäre dafür der Ministerpräsident zuständig. In Brandenburg müssen wir wohl auf einen Schuldenberater oder den Gerichtsvollzieher warten.

Prof. Dr. Johanna Wanka
CDU-Fraktionsvorsitzende
im Landtag Brandenburg

„Höchste Zeit, dass jemand Herrn Markov die Kreditkarte wieder wegnimmt.“

Johanna Wanka





Dierk Homeyer

Regionale Wachstumskerne festschreiben

Erfolgreiche Standorte auch außerhalb der definierten RWK-Grenze von 15 000 Einwohnern sollen in den Bewertungsprozess miteinbezogen werden. „Wir wollen, dass eine gleichberechtigte Behandlung aller potenziellen und aktuellen Wachstumskerne erfolgt“, begründete **Dierk Homeyer**.



Steeven Bretz

Solarstrom ja - mehr Förderung nein

Steeven Bretz sprach zu dem Antrag von LINKE- und SPD-Fraktion, sich beim Bund gegen eine Absenkung der Solarförderung für Unternehmen einzusetzen. „50 Prozent der hier installierten Solarmodule kommen gar nicht aus Deutschland, sondern aus dem asiatischen Raum. Das EEG (Erneuerbare Energien-Gesetz) bedeutet für einen Durchschnittshaushalt eine Belastung von 50 bis 100 Euro jährlich.“

Volksinitiative „Musische Bildung für alle“

Die Volksinitiative skizziert den Wunsch von allein 32 500 unterzeichnenden Bürgern zu veränderten Rahmenbedingungen in der musischen Ausbildung. „Eine geplante Zeitschiene zur Überarbeitung des Musikschulgesetzes bis Ende 2010 ist unbefriedigend“, sagte **Anja Heinrich**.

Brandenburgs Stimme

Am 24. und 25. Februar tagte das Brandenburger Parlament in Postdam. INFOTICKER berichtete in der letzten Ausgabe über die Anträge der CDU-Fraktion. Lesen Sie nun, was im Parlament passierte und was unsere Abgeordneten zu anderen Fraktionsanträgen sagten.



Anja Heinrich



Gordon Hoffmann

Ausbildung von Erziehern verbessern

„Gute Bildung für alle von Anfang an. Den Willen zur Erfüllung des quantitativen Teils unterstreicht die Regierungskoalition mit ihrem Antrag, die Antworten für den qualitativen Teil bleibt sie leider weitgehend schuldig“, kritisierte der CDU-Abgeordnete **Gordon Hoffmann** im Plenum. Nicht nur die Personalzahl auch die Ausbildung müsse stimmen.



Ingo Senftleben

Beauftragte für die Stasi-Aufarbeitung im Landtag

Nach 20 Jahren soll es auch in Brandenburg endlich eine Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen kommunistischer Diktatur geben. „Diejenigen, die Ansprechpartner suchen, nämlich die Opfer, erhalten das wichtige Signal, dass Ihnen ein Partner zur Seite steht, um Probleme im Zusammenhang mit dem erlittenen Unrecht anzusprechen und zu lösen“, bekräftigte **Ingo Senftleben** den Sinn der Gesetzesänderung.



Schuldenbremse auch in Brandenburg

Mit dem Antrag nach Umsetzung einer Schuldenbremse für das Land Brandenburg folgt die CDU-Fraktion einer Abstimmung im Bundesrat und Bundestag. „Wir haben auf die Verfassung Brandenburgs geschworen. Das schließt ein, sehr verantwortungsvoll mit Steuergeldern umzugehen. Deswegen brauchen wir zwingend die Schuldenbremse. Sie ist gesetzlich vorgeschrieben“, betonte **Dr. Saskia Ludwig** im Parlament. Mit dem Haushaltsentwurf 2011 sollte von der Landesregierung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der verdeutlicht, wie die Schuldenbegrenzungsregel bis zum Jahr 2019 umgesetzt werden soll. Der Antrag wurde im Parlament abgelehnt.



Dr. Saskia Ludwig

Polizei im Land Brandenburg sichern

Zur Abstimmung lag im Plenum am Donnerstag der Antrag der CDU-Fraktion vor. Die Landesregierung sollte aufgefordert werden, ein Stellen- und Personalkonzept für die Polizei im Land Brandenburg zu erstellen. Hintergrund ist der im Koalitionsvertrag von SPD und LINKE festgelegte Stellenabbau von Polizeibeschäftigten. „Wir wollen Antworten haben, wie die in Brandenburg deutlich höhere Kriminalitätsbelastung von 8300 Straftaten auf 100 000 Einwohner weiter bekämpft werden kann, wenn die Polizei übermäßig reduziert wird. Wir wollen Antworten haben, wie die Fläche des Landes von der Polizei weiter bestreift und gesichert werden kann“, forderte **Sven Petke**.



Sven Petke



Frank Bommert

Maßnahmepaket für Mittelstand

Die CDU-Fraktion fordert ein Maßnahmenpaket für den brandenburgischen Mittelstand und das Handwerk. „Öffentlichkeitsarbeit zur Fachkräftewerbung, mehr Aufträge an brandenburger Unternehmen bei öffentlicher Vergabe gehören zum Beispiel dazu. Es kann nicht sein, dass zum Beispiel für den IT-Bereich nur knapp 30 Prozent der Aufträge aus der Region kommen“, sagte **Frank Bommert**.



Beate Blechinger

Rechte behinderter Menschen umsetzen

„Meine Fraktion wird dem FDP-Antrag zustimmen“, erklärte **Beate Blechinger** und meinte damit die Forderung nach Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen. Es soll geprüft werden, ob die Rahmenbedingungen und das Handeln der Landesregierung in Brandenburg dem Sinn der Konvention entsprechen. „Es reicht nicht aus, Regelungen vorzugeben. Die Gesetze müssen mit Leben erfüllt werden.“

ARGEN und Optionskommunen sichern



Roswitha Schier

Die „ARGEN“ wurden wegen fehlender Klärung der Zuständigkeit von Bund und Kommune für verfassungswidrig erklärt. Mit einer Ände-

rung der Verfassung könnte ihr Fortbestand gesichert und Optionskommunen ausgeweitet werden. „Die Verfassungsänderung ist aber nur mit einer Zweidrittelmehrheit möglich. Es liegt nun an der SPD“, machte **Roswitha Schier** deutlich.



Prof. Dr. Michael Schierack

Zusätzliche Stipendien für Medizinstudenten

Medizinstudenten in Brandenburg sollen ein Zusatzstipendium erhalten. „Als Gegenleistung verpflichten sie sich, für eine bestimmte Zeit, als Arzt in der ländlichen Region tätig zu sein. Langfristigs Ziel soll es sein, dass die jungen Kollegen dort auch sesshaft werden“, erläuterte **Prof. Dr. Michael Schierack** den Antrag der CDU-Fraktion gegen Ärztemangel im ländlichen Raum.



Rainer Genilke

Schleusenneubau in Kleinmachnow zustimmen

FDP und GRÜNE wollten den Schleusenausbau in Kleinmachnow verhindern. „Wir werden abstimmen, dass die Schleuse in der jetzigen Variante auf 190 Meter gebaut werden soll. Sie ist die ökologisch sinnvollere Variante, denn so müssen Schiffe nicht im Wasser bei laufendem Motor zwei Stunden stehen gelassen werden“, argumentierte **Rainer Genilke** vor den Parlamentariern. Mit der 190-Meter-Variante wären geringere Ufergrabungen und der Schutz der wertvollen Eichenbestände gesichert.

Petke redet Klartext bei RBB-Sendung

Kurz nach seiner Rede im Plenum war unser Abgeordneter und Innenpolitischer Sprecher Sven Petke in der RBB-Sendung „Heute im Parlament“ zu Gast. Thema in der Diskussionsrunde war die Polizeireform. „Es geht auch um die Fürsorgepflicht eines Ministers gegenüber fast 9000 Beamtinnen und Beamten, Angestellten und Arbeitern. Die Sprüche von Innenminister Speer in den letzten Tagen zeigen mir deutlich, dass er seiner Verantwortung nicht gerecht werden will oder nicht gerecht werden kann. Die Menschen in Brandenburg brauchen Sicherheit“, verdeutlichte Sven Petke. cs

Der CDU-Abgeordnete Sven Petke (l.) stellt im Interview die Tatsachen richtig.



Redebeiträge unserer Abgeordneten zu Fraktionsanträgen und Gesetzentwürfen:



Blechinger, Beate

UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen umsetzen (FDP-Fraktion)

Dr. Ludwig, Saskia

Verbesserung des Lärmschutzes beim Ausbau der A10 zwischen den Autobahndreiecken Nuthetal und Potsdam (CDU-Fraktion)

Bommert, Frank

Aktuelle Stunde - Thema: Wettbewerbsfähiges Handwerk und starker Mittelstand - Situation und Zukunftsperspektiven in Brandenburg

Schuldenbremse auch in Brandenburg umsetzen! (CDU-Fraktion)

Maßnahmepaket für unseren brandenburgischen Mittelstand (CDU-Fraktion)

Baukommission für das Potsdamer Stadtschloss (CDU-Fraktion)

Bretz, Steeven

Gesetz zum mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung in Brandenburg (GRÜNE/B90-Fraktion)

Petke, Sven

Viertes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften

Solarwirtschaft in Brandenburg sichern (SPD-/LINKE-Fraktion) i.V.m. Zukunftsindustrie sichern - Solarförderung verteidigen (GRÜNE/B90-Fraktion)

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Stellen- und Personalkonzept für die Polizei im Land Brandenburg (CDU-Fraktion)

Genilke, Rainer

Schleusenausbau in Kleinmachnow: Umwelt schützen, Steuergelder schonen (FDP-Fraktion) i.V.m. Bund soll reduzierte Planung für die Kleinmachnower Schleuse vorlegen

Festhalten an der unmittelbaren Wahl der Landräte im Land Brandenburg (CDU-Fraktion)

Schier, Roswitha

Aktuelle Stunde - Thema: Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II- Reform der Jobcenter als Chance für Arbeitssuchende und Landkreise in Brandenburg

Heinrich, Anja

Volksinitiative nach Artikel 76 der Verfassung des Landes Brandenburg - „Musische Bildung für alle“

Prof. Dr. Schierack, Michael

Einführung eines zusätzlichen Stipendiensystems für Medizinstudenten

Hoffmann, Gordon

Fünftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes / Kostenfreiheit bei der Schülerbeförderung

Senftleben, Ingo

Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragtenengesetzes (gemeinsamer Gesetzentwurf aller Fraktionen)

Personalsituation in den Kindertagesstätten verbessern (SPD-/LINKE-Fraktion)

Prof. Dr. Wanka, Johanna

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2010

Homeyer, Dierk

Das Ergebnis der Evaluation der Regionalen Wachstumskerne gerecht bewerten - den Evaluationsprozess verstetigen (CDU-, SPD-, LINKE-Fraktion)

Erstellung einer Positivliste für Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung zur Stärkung des ersten Arbeitsmarktes (CDU-Fraktion)



Anträge der CDU-Fraktion zu den Landtagssitzungen am 24. und 25. Februar:

Nachfolgend haben wir für Sie die von der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg eingebrachten Anträge zusammengefasst. Wenn Sie sich mit einer Drucksache näher beschäftigen möchten, können Sie sich gern per E-Mail (pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de) oder Telefon (0331 / 966 14 50) an uns wenden. Außerdem gelangen Sie durch anklicken der jeweiligen Drucksache direkt zum Antragstext.

Des Weiteren stehen die einzelnen Redebeiträge der Abgeordneten circa vier Wochen nach dem Plenumstag auf unserer Internetseite für Sie bereit.

CDU-Fraktionsanträge:

Stellen- und Personalkonzept für die Polizei im Land Brandenburg

Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 5/43)

Verbesserung des Lärmschutzes beim Ausbau der A10 zwischen den Autobahndreiecken Nuthetal und Potsdam

Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 5/427)

in Verbindung mit Antrag der FDP-Fraktion zum verstärkten Lärmschutz des südlichen Ausbaus (Drucksache 5/402)

Schuldenbremse auch in Brandenburg umsetzen!

Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 5/437)

Festhalten an der unmittelbaren Wahl der Landräte im Land Brandenburg

Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 5/438)

Baukommission für das Potsdamer Stadtschloss

Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 5/439)

Einführung eines zusätzlichen Stipendiensystems für Medizinstudenten

Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 5/440)

Erstellung einer Positivliste für Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung zur Stärkung des ersten Arbeitsmarktes

Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 5/441)

Maßnahmepaket für unseren brandenburgischen Mittelstand

Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 5/442)

Das Ergebnis der Evaluation der Regionalen Wachstumskerne (RWK) gerecht bewerten - den Evaluationsprozess verstetigen

Gemeinsamer Antrag

der CDU-, SPD- und LINKE-Fraktion (Drucksache 5/446)



Fraktionsinitiative

Auch Uckermark kann Landrat direkt wählen

Premiere in der Uckermark. Wenn am Sonntag um 8 Uhr in Brandenburgs größtem Landkreis die Wahllokale öffnen, dann haben rund 112.000 Wahlberechtigte erstmals die Möglichkeit, ihren Landrat direkt zu bestimmen.

Die CDU-Fraktion hat gemeinsam mit der SPD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode die Grundlagen dafür gelegt. Durch die Novellierung der Kommunalverfassung wurde die Direktwahl möglich. Allerdings verwundert es nun viele Brandenburger, dass die rot-rote Regierung vereinbart hat, die rechtlichen Grundlagen dafür noch einmal zu überprüfen.

Eine von vier, die am 28. Februar im Landkreis Uckermark um das Vertrauen der Wähler wirbt, ist Karina Dörk, Unternehmerin aus Lübbenow. Seit



Der CDU-Abgeordnete und Uckermärker Henryk Wichmann (l.) mit der CDU-Landratskandidatin Karina Dörk und unserer Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Johanna Wanka, die viel Glück für die Wahl am Sonntag wünschte.

Jahren kämpft die CDU-Politikerin mit viel persönlichem Engagement für ihren Heimatkreis. Ihr Rezept für das Landratsamt ist ebenso klar wie

erfolgsversprechend - Förderung der lokalen Wirtschaft, solide Finanzen, gute Bildung vor Ort sowie eine bürgernahe Verwaltung. *red/cs*



Abgeordnetenalltag live

Was für Aufgaben hat eigentlich eine Abgeordnete? Was kann sie konkret für mich im Parlament erreichen? In ihrem Wahlkreisbüro traf unsere Landtagsabgeordnete Monika Schulz-Höpfner Gubener Berufsschüler zum Gespräch.

Themen waren die Arbeit einer Abgeordneten im Landtag Brandenburg und im Wahlkreis. Weiterhin diskutierten Abgeordnete und Schüler über die Braunkohlepolitik im Land und Landkreis-Spre-Neiße sowie die Zukunftschancen junger Leute in der Lausitz. *msh/cs*



Förderschulen weiter erhalten

Zu Vor-Ort-Gesprächen waren unser Bildungspolitischer Sprecher Gordon Hoffmann und die Kulturpolitische Sprecherin Anja Heinrich im Landkreis Elbe-Elster unterwegs. Dabei erörterten sie gemeinsam mit Berufspraktikern die Problematik über das Fortbestehen der Förderschulen. Für die CDU-Landtagsfraktion gehören diese eindeutig zu einem vielfältigen Bildungssystem, das eine individuelle Förderung entsprechend von Fähigkeiten ermöglicht. Deshalb versicherten die beiden Abgeordneten, dass die CDU-Fraktion auch weiterhin für den Fortbestand der Förderschulen im Parlament kämpfen wird. *cs*